

"KFZ Wirtschaft" Nr. 05/2016 vom 13.05.2016 Seite 4,5,6 Ressort: Topstory Von: Wolfgang Bauer

Feindbild Autofahrer

Dem Automobil geht's an den Kragen, vor allem im urbanen Raum. In Wien sind 685.570 Pkw gemeldet. Bis 2030 will die rot-grüne Stadtregierung den AUTOVERKEHRSANTEIL von derzeit 28 auf 15 Prozent reduzieren.

... " So lautete der Titel der vom Verein "Mein Auto" gemeinsam mit ÖAMTC und ARBÖ organisierten Podiumsdiskussion. Burkhard Ernst, Vereinsobmann und Bundesgremialchef, konstatierte zunächst, dass es eindeutige Tendenzen gebe, wonach das Auto in der Stadt von Seiten der Politik -konkret von SPÖ und Grünen - offenkundig "nicht gewünscht" sei. Faktum ist jedenfalls: Sowohl SPÖ als auch die Grünen halten weiterhin eisern an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2030 den Autoverkehrsanteil von derzeit 28 auf 15 % zu reduzieren. Die Stadt Wien weigert sich beharrlich, alternative Antriebe - etwa Elektrofahrzeuge - gezielt zu fördern, weil man die Meinung vertritt, dass jegliche Form des Individualverkehrs nicht förderungswürdig sei. Wenn man sich mit roten oder grünen Stadtpolitikern unterhält, sagen diese das auch explizit: keine Förderung des Individualverkehrs. "Umweltfreundliche Politik muss nicht autofeindlich sein", donnerte Ernst. Es gebe weder für Elektroautos noch für andere alternativ betriebene Fahrzeuge effiziente Förderungen. ... In dieselbe Kerbe stieß Burkhard Ernst: "Verkehrspolitik wird gegen und nicht im Sinne der Bevölkerung gemacht." Der Verkehrssprecher der FPÖ Wien, Anton Mahdalik, monierte: "Das Auto ist kein Fetisch, sondern eine Notwendigkeit für die Bürger." Niemand setze sich freiwillig ins Auto, stehe im Stau, suche einen Parkplatz und zahle auch noch dafür, so Mahdalik. ... Siegi Lindenmayr (SPÖ) und Rüdiger Maresch (Grüne) verteidigten die Wiener Verkehrspolitik insofern, dass es bei jeder verkehrspolitischen Maßnahme um einen "Interessenausgleich" gehe und nicht darum, "dass Autofahrer möglichst ungehindert in der Stadt vorankommen".

i Mutation: Gesamt

Reichweite (2.HJ 2015)	24.609
Druckauflage (2.HJ 2015)	8.486

Feindbild Autofahrer

Feindbild Autofahrer

Dem Automobil geht's an den Kragen, vor allem im urbanen Raum. In Wien sind 685.570 Pkw gemeldet. Bis 2030 will die rot-grüne Stadtregierung den **AUTOVERKEHRSANTEIL** von derzeit 28 auf 15 Prozent reduzieren.

VON WOLFGANG BAUER



Wiener Verkehrspolitik im Jahr 2016 – das gewollte Ende der individuellen Mobilität? So lautete der Titel der vom Verein „Mein Auto“ gemeinsam mit ÖAMTC und ARBÖ organisierten Podiumsdiskussion. Burkhard Ernst, Vereinsobmann und Bundesgremialchef, konstatierte zunächst, dass es eindeutige Tendenzen gebe, wonach das Auto in der Stadt von Seiten der Politik – konkret von SPÖ und Grünen – offenkundig „nicht gewünscht“ sei. Faktum ist jedenfalls: Sowohl SPÖ als auch die Grünen halten weiterhin eisern an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2030 den Autoverkehrs-

anteil von derzeit 28 auf 15 % zu reduzieren. Die Stadt Wien weigert sich beharrlich, alternative Antriebe – etwa Elektrofahrzeuge – gezielt zu fördern, weil man die Meinung vertritt, dass jegliche Form des Individualverkehrs nicht förderungswürdig sei. Wenn man sich mit roten oder grünen Stadtpolitikern unterhält, sagen diese das auch explizit: keine Förderung des Individualverkehrs. „Umweltfreundliche Politik muss nicht autofeindlich sein“, donnerte Ernst. Es gebe weder für Elektroautos noch für andere alternativ betriebene Fahrzeuge effiziente Förderungen.

Feindbild Autofahrer**„Weder für Elektro- noch für andere alternativ betriebene Fahrzeuge gibt's Förderungen.“**

BURKHARD ERNST, OBMANN "MEIN AUTO"

SCHLUSS MIT BÜRGERBETEILIGUNG

„Seit Rot-Grün für die Verkehrspolitik verantwortlich zeichnet, ist Schluss mit Bürgerbeteiligung. Die Menschen werden nicht mehr gefragt, über sie wird einfach drübergefahren“, kritisierte Manfred Juraczka, der Verkehrssprecher der Wiener ÖVP. Obwohl sich etwa die Bewohner des 18. Wiener Gemeindebezirks bereits zweimal gegen ein Parkpickerl ausgesprochen hätten, werde es nun von Rot-Grün eingeführt. In dieselbe Kerbe stieß Burkhard Ernst: „Verkehrspolitik wird gegen und nicht im Sinne der Bevölkerung gemacht.“ Der Verkehrssprecher der FPÖ Wien, Anton Mahdalik, monierte: „Das Auto ist kein Fetisch, sondern eine Notwendigkeit für die Bürger.“ Niemand setze sich freiwillig ins Auto, stehe im Stau, suche einen Parkplatz und zahle auch noch dafür, so Mahdalik. Alternativen würden nicht geschaffen: „Für zirka 350.000 täglich nach Wien einpendelnde Menschen stehen nur rund 10.000 Park-and-Ride-Plätze zur Verfügung.“

„ABSICHTLICHE SCHIKANEN“

Der Verkehr werde durch „unübersichtliche Einbahnführungen“ und Kurzparkzonen „absichtlich behindert“, sagte Gerald Kumnig, Generalsekretär des ARBÖ. Auch auf Bundesebene blase die Politik zur „Attacke auf die Autofahrer“. In den vergangenen elf Jahren habe es elf automotiv Steuern gegeben. „Die Autofahrer haben schlicht genug“, so Kumnig. Eine „möglichst breite Einbindung der Bürger jenseits der Parteipolitik“ forderte Oliver Schmerold, der Verbandsdirektor des ÖAMTC. Und in Richtung SPÖ und Grüne: „Werten Sie das Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahlen nicht als generelle Zustimmung zur rot-grünen Verkehrspolitik.“

KFZ wirtschaft

KFZ wirtschaft

Seite 6 / 13.05.2016

Feindbild Autofahrer

„Die Bevorzugung der Öffis ist mit den höheren Nutzerzahlen zu rechtfertigen.“

SIEGI LINDENMAYR,
SPÖ WIEN



(oben) Gerald Kumnig (ARBÖ), Oliver Schmerold (ÖAMTC), "Mein Auto"-Obmann Burkhard Ernst, Moderator Bernhard Wiesinger, Rüdiger Maresch (Grüne), Siegi Lindenmayr (SPÖ), Bettina Emmerling (Neos), Manfred Juracka (ÖVP), Anton Mahdalik (FPÖ) v.l.



„Es geht nicht darum, dass Autofahrer möglichst ungehindert in der Stadt vorankommen.“

RÜDIGER MARESCH,
GRÜNE WIEN

AUTFAHRER-ABZOCKE

„Mein Auto“-Vereinsobmann und Bundesgremialchef Burkhard Ernst konstatierte, dass bundesweit 15 Milliarden Euro an staatlichen Einnahmen aus dem Straßenverkehr lukriert, aber nur 4,5 Milliarden ausgegeben werden würden. „Die Autofahrer sind Nettozahler für das Budget und werden kaltblütig abgezockt“, so Ernst. Die Stadt schaffe eine „künstliche Verknappung“ an Parkplätzen.

Und auch die permanenten Sperren der Wiener Ringstraße aufgrund von Demonstrationen und Events sei nicht hinnehmbar. Tatsache ist, dass die Ringstraße mittlerweile im Schnitt an jedem dritten Tag wegen einer Kundgebung gesperrt ist. Der Pkw-Verkehr werde „systematisch zurückgedrängt“. Bereits jetzt weise Wien mit durchschnittlich 373 Pkw pro 1000 Einwohnern den mit großem Abstand niedrigsten Motorisierungsgrad aller Bundesländer auf.

„Wenn die Reduktion auf 15 Prozent Autoverkehrsanteil tatsächlich durchgepeitscht wird, liegen wir nur noch bei 175 Pkw pro 1000 Einwohner“, erklärte Ernst.

GEGENANGRIFF VON ROT-GRÜN

Siegi Lindenmayr (SPÖ) und Rüdiger Maresch (Grüne) verteidigten die Wiener Verkehrspolitik insofern, dass es bei jeder verkehrspolitischen Maßnahme um einen „Interessenausgleich“ gehe und nicht darum, „dass Autofahrer möglichst ungehindert in der Stadt vorankommen“. Lindenmayr bekannte sich zu einer Bevorzugung der Öffis sowohl bei Investitionen als auch bei der laufenden Verkehrsregelung. Dies sei mit der „höheren Nutzerzahl“ zu rechtfertigen. Der grüne Verkehrssprecher Rüdiger Maresch sagte: „Wir wollen nicht das Ende der individuellen Mobilität.“ Es würden allerdings 63 % des Straßenquerschnitts für den Autoverkehr genutzt, während lediglich 27 % der Wege in Wien darauf entfallen würden. Parkraum ist knapp. Und soll weiterhin verknappert werden. „Die Öffentlichkeit ist nicht verpflichtet, Autofahrern Parkraum zur Verfügung zu stellen“, meinte Maresch. In puncto Pläne oder Maßnahmen, wie der Wirtschaft entgangene Einnahmen durch eine kontinuierliche Zurückdrängung des Automobils kompensiert werden könnten, schwiegen sich Rot und Grün beredt aus.